

3. Gehlert, Berthold (2012): DQR – amputiert, aber lauffähig. In: Die berufsbildende Schule 64 (4), S. 107
4. Sloane, Peter F. E. (2011): Möglichkeiten und Grenzen der Erfassung und Dokumentation informell und non-formal erworbener Kompetenzen. Gutachten und Stellungnahmen zur Einbeziehung des nicht-formalen und informellen Lernens in den DQR.
Online verfügbar unter www.deutscherqualifikationsrahmen.de

проф. О. Швальд,
г. Блуденц, Австрия

Австрийская система образования

Österreichisches Bildungssystem

В статье профессора Отто Швальда из Австрии, г. Блуденц, дается подробный анализ австрийской системы образования, в частности, ее школьной системы. Делается подробный экскурс в историю образования Австрии, начиная с эпохи просвещения. В статье представлена подробная схема австрийской системы школьного образования.

1. Blick in die Geschichte

Das Interesse des Staates an Schule und damit an schulischer Ausbildung seiner Bürger begann in der Zeit der Aufklärung. Zuvor war Bildung etwas, was einerseits nur privaten Initiativen vorbehalten und dadurch andererseits wegen der entstehenden Kosten nur den Mitgliedern der höheren Gesellschaft möglich war.

Da in den absolutistischen Monarchien von Seiten der Herrscher auch keine Notwendigkeit zur Ausbildung der Untertanen gesehen wurde, bedurfte es jener geistesgeschichtlichen Veränderungen des 18. Jahrhunderts, die den Weg zu staatlichen Schulen ebneten. Für das Interesse des Staates am Erwerb von Grundkenntnissen der Bildung (Alphabetisierung) seiner Bürger waren zwei wesentliche Dinge verantwortlich: Zum einen sollte Schule als Vorbereitung für den Besuch von Universitäten und Hochschulen dienen und damit die gebildete Führungsschicht im Staat sichern, zum anderen erwartete man sich „eine

höhere wirtschaftliche Leistungsfähigkeit in der Landwirtschaft und in der industriellen Güterproduktion“¹.

Das österreichische Schulwesen stellte eine Einheit dar, seine Gliederung wird demgemäß bestimmt „durch die Alters- und Reifestufen, die verschiedenen Begabungen und durch die Lebensaufgaben und Berufsziele“, wobei der „Erwerb höherer Bildung und der Übertritt von einer Schulart in eine andere [...] allen hierfür geeigneten Schülern zu ermöglichen [ist]“².

Daraus ergab sich folgende Gliederung:

- a) nach ihrem Bildungsinhalt in:
 - aa) allgemeinbildende Schulen,
 - bb) berufsbildende Schulen,
 - cc) Anstalten der Lehrerbildung und der Erzieherbildung;
- b) nach ihrer Bildungshöhe in:
 - aa) Pflichtschulen,
 - bb) mittlere Schulen,
 - cc) höhere Schulen,
 - dd) Akademien und verwandte Lehranstalten.

Auch in seiner aktuellen Form unterscheidet sich das österreichische Schulsystem nur unwesentlich von den damaligen gesetzlichen Vorgaben, auch wenn es durch den Beitritt zur EU zu einer gewissen Entschärfung bei der Umsetzung von Schulreformen kam, weil die jahrzehntelange für Reformen nötige Zwei-Drittel-Mehrheit nunmehr in einer Novellierung des Artikels 14 der Bundesverfassung gelockert wurde.

Während das Unterrichtsministerium unter ÖVP-Führung bis 2006 dennoch keine neuen Akzente setzte, änderte sich das durch die Übernahme des Ministeriums durch die SPÖ 2007, denn die neue Ministerin Claudia Schmied erwies sich als äußerst reformwillig.³

2. Einteilung der österreichischen Schulen

Die Schulen sind auch heute noch eingeteilt in Pflichtschulen (Volksschulen, Hauptschulen bzw. Neue Mittelschulen, Sonderschulen, Polytechnische Lehrgänge) sowie in mittlere bzw. höhere Schulen.

¹ Helmut SEEL: Einführung in die Schulgeschichte Österreichs. Innsbruck 2010 (= Erfolgreich im Lehrberuf, Band 6), S. 15

² Ebd., § 3 (1)

³ S. Kap. 3.2

2.1. Volksschule

Im SchOG 1962 wurde das Bildungsziel der ursprünglich achtjährigen Volksschule wie folgt festgelegt:

„Die Volksschule hat den Schülern eine grundlegende Allgemeinbildung zu vermitteln und sie für das praktische Leben und für den Übertritt in weiterführende Schulen vorzubereiten. Sie hat in den ersten vier Schulstufen (Grundschule) eine für alle Schüler gemeinsame Elementarbildung, in der 5. bis 8. Schulstufe (Oberstufe) eine erweiterte Bildung und in der Ausbauform der Volksschuloberstufe (Ausbauvolksschule) eine den örtlichen Gegebenheiten entsprechende ergänzende Bildung zu vermitteln“⁴

Der 1963 verordnete Lehrplan enthielt auch „Didaktische Grundsätze“ als Rahmenbestimmungen, wobei die Unterrichtsmethode zur „schöpferischen Leistung und verantwortungsvollen Aufgabe des Lehrers“⁵ erklärt wurde. Dies hatte speziell Auswirkungen auf den Lese- und Schreibunterricht, wo nunmehr an die Stelle der „traditionellen Lautiermethode das Ganzheitsverfahren und das analytisch-synthetische Verfahren als Alternativen“⁶ traten.

Ab 1971 wurden durch die 4. SchOG-Novelle auch in der Volksschule Schulversuche ermöglicht und schließlich auch durchgeführt. In erster Linie sollten durch Maßnahmen zur Individualisierung des Unterrichts die Leistungen verbessert werden. Das betraf einzelne Stunden des Deutsch- und Rechenunterrichts, wobei durch ein Zweilehrersystem (zwei Lehrer setzen in parallelen Klassen der 3. und 4. Schulstufe unterschiedliche schülerbezogene Schwerpunkte) individuelle Betreuung viel leichter möglich wurde.

Die Novelle sah schließlich auch Verbesserungen an den Nahtstellen vor. So wurde die bisher übliche Aufnahmeprüfung in die AHS am Ende der 4. Klasse ausgesetzt, ausschlaggebend war die Reife für den 1. Klassenzug der Hauptschule.⁷ Verbessert werden sollte auch der Übertritt vom Kindergarten in die Volksschule. Bisher wurden Kinder bei „mangelnder körperlicher, geistiger oder sozialer Schulreife“⁸ traditionell

⁴ Bundesgesetzblatt für die Republik Österreich, Nr. 242/1962, § 9. Aufgabe der Volksschule

⁵ SEEL, S. 111

⁶ Ebd., S. 111

⁷ S. Kap. 3.2

⁸ SEEL, S. 112

ein Jahr zurückgestellt, nun wurden versuchsweise Vorschulklassen eingerichtet, die dann 1982 in der 7. SchOG-Novelle in das Regelschulsystem übernommen wurden.

Zusätzliche Verbesserungen der Schulstartphase wurden erreicht durch die Zusammenfassung der 1. und 2. Schulstufe zu einer Beurteilungseinheit und durch die seit 1998 mögliche verbale Beurteilung anstelle einer Notenbeurteilung.

Die 1971 für die 3. und 4. Klassen als Schulversuch eingeführte „Fremdsprachliche Vorschulung“⁹, wichtig vor allem für Kinder aus fremdsprachenferneren Milieus, wurde 1982 ins Regelschulsystem übernommen. Dieser Unterricht wurde 1996 (16. SchOG-Novelle) versuchsweise bereits in der 1. Klasse eingeführt und dann 2006 zum Regelfall.

Mit dem Schuljahr 2001/02 trat schließlich ein neuer Lehrplan in Kraft, der folgende didaktische Grundsätze enthielt: „Kindgemäßheit und Berücksichtigung der Lernvoraussetzungen – Soziales Lernen – Lebensbezogenheit und Anschaulichkeit – Konzentration der Bildung – Sachgerechtigkeit – Aktivierung und Motivierung – Individualisieren, Differenzieren, Fördern – Sicherung und Kontrolle des Unterrichtsertrages“¹⁰.

Anlässlich der Lehrplanverordnung 2003 kam es zu einer Kürzung der Wochenstundenzahl um zwei Stunden. In der Summe aller vier Schuljahre der Volksschule werden die Kinder seither 90 Stunden pro Woche unterrichtet, das bedeutet je nach Verteilung 22 bis 25 Stunden pro Jahr.

2.2 „Mittelstufe“ – Hauptschule bzw. Neue Mittelschule

Die horizontale Strukturierung des österreichischen Schulsystems hat eine lange Tradition, was gerade in letzter Zeit zu heftigen, zumeist sehr ideologisch geführten Diskussionen führte. Im von Exner und Bonitz erarbeiteten „Entwurf der Organisation der Gymnasien und Realschulen in Österreich“ aus dem Jahre 1849 wurden die zwischen Volksschule und Hochschulen stehenden genannten Schulen als „Mittelschule“ bezeichnet, wobei zwischen einer Mittelstufe (Untergymnasium, Unterrealschule) und einer Oberstufe unterschieden wurde.

Dem Bedürfnis nach einer gehobenen Ausbildung wollte das „Reichsvolksschulgesetz“ Rechnung tragen, und so wurde anstelle der

⁹ Ebd., S. 111

¹⁰ Ebd., S. 114

letzten drei Schulstufen der achtklassigen Volksschule eine „Bürgerschule“¹¹ eingeführt, die ab 1890 auch eine vierte Klasse führen konnte. Bereits am Übergang zur 1. Republik gab es – aus reformpädagogischer und bildungspolitischer Sicht – Bestrebungen zu einer Vereinheitlichung des Mittelschulbereichs, die schließlich 1927 im „Hauptschulgesetz“ mündeten. Dabei wurden von Anfang an zwei nach Leistung differenzierte Klassenzüge geführt, wobei der II. Klassenzug langfristig die Volksschul-Oberstufe ersetzen sollte.

Nach Ständestaat und nationalsozialistischer Herrschaft wurde 1945 auf das „Hauptschulgesetz“ des Jahres 1927 zurückgegriffen. Im Rahmen der großen Schulreform 1962 wurde die Hauptschule zur Pflichtschule und unterschied sich dadurch ganz wesentlich von der Unterstufe der „Allgemeinbildenden höheren Schule“ (AHS). Ihr Bildungsziel lautete:

„Die Hauptschule schließt an die 4. Schulstufe der Volksschule an und hat in einem vierjährigen Bildungsgang durch ihre Organisation, Einrichtung und Anforderungen den Schülern eine über das Lehrziel der Volksschule hinausreichende Allgemeinbildung zu vermitteln und sie für das praktische Leben und für den Eintritt in berufsbildende Schulen zu befähigen.“¹²

Die flächendeckende Einführung der Hauptschule (mit Pflicht- und Berechtigungssprengeln) führte langfristig zur Abschaffung der Volksschuloberstufe, was folgende Zahlen belegen.¹³

Jahr	Volksschuloberstufe, %	Hauptschule, %	Untermittelstufe / Unterstufe AHS, %
1947	56	34	8
1956	30	54	14
1970	14	67	18
1980	2	75	21

Zur Quasi-Abschaffung der Volksschuloberstufe kam schließlich die Einführung des Musisch-pädagogischen Realgymnasiums (später Oberstufenrealgymnasium), wodurch die zweite Entscheidungsebene im

¹¹ Ebd., S. 140

¹² Bundesgesetzblatt für die Republik Österreich, Nr. 242/1962, § 15. Aufgabe der Hauptschule

¹³ Vgl. SEEL, S. 144f.

Rahmen der Schullaufbahn nach der 8. Schulstufe noch wichtiger wurde. Die Hauptschule übernahm – vor allem in ländlichen Regionen ohne AHS-Langform – immer mehr die Funktion einer Gesamtschule.

Bereits Mitte der 1960er Jahre wurde der Ruf nach einer Gesamtschule für alle 10- bis 14-Jährigen laut. Die Argumente schienen stichhaltig:

- Vermeidung verfrühter und dadurch fragwürdiger Schullaufbahnentscheidungen nach der 4. Schulstufe (10. Lebensjahr)
- Verbesserung der Bildungschancen für Kinder aus sozial oder regional benachteiligten Gesellschaftsgruppen (Schulwahl nach Bildungsverständnis der Eltern, reduziertes Schulangebot vor Ort)
- Erfüllung der sozial-integrativen Funktion der Schule (Zusammenleben und Zusammenlernen von Kindern aus allen sozialen Schichten bis zum Ende der Schulpflicht)
- Bessere Berücksichtigung der Leistungsschwerpunkte der Kinder (Vermeidung der schulischen Einordnung der Schüler nach dem leistungsschwächsten Lernbereich)

1991 wurden „Schulversuche zur Differenzierung in der Hauptschule“ begonnen, die 2006 eingestellt wurden. In diesem Zusammenhang eröffneten ab 1993 mögliche inhaltliche Schwerpunktsetzungen eine schulautonome Lehrplangestaltung und die Herausbildung von Schwerpunktschulen (z. B. Sport, Musik, Informatik).

Angesichts des schlechten Abschneidens der österreichischen Schüler bei der internationalen Vergleichsuntersuchung PISA¹⁴ wurde die Gesamtschuldiskussion wieder angeheizt. Eine 2003 eingesetzte „Zukunftskommission“ sollte die Notwendigkeit einer Allgemeinen Mittelschule feststellen. Initiativen in diese Richtung wurden aber erst nach den Wahlen 2006 gesetzt, als das Unterrichtsministerium von der SPÖ übernommen wurde. Die „Neue Mittelschule“ wurde als Schulversuch gestartet und erfreute sich bald großer Beliebtheit. Das Konzept folgte dem Schulversuch von 1991: „Innere Differenzierung und Individualisierung durch ein Zweilehrersystem statt der auf die Leistungsebenen bezogenen Leistungsgruppen, Lernbereiche statt Unterrichtsfächer“¹⁵. Vorarlberg wurde schließlich das erste Bundesland, das die „Neue Mittelschule“ flächendeckend einführte und dank großer finanzieller Anstrengungen einen beachtlichen Schülerzustrom

¹⁴ Programme for International Student Assessment

¹⁵ SEEL, S. 153

verzeichnete. Trotz des Erfolgs dieses Modells, das auch die Durchlässigkeit in Richtung AHS weiter erleichterte, sehen viele darin auch keinen entscheidenden Schritt in Richtung Gesamtschule, sodass die umstrittene Zweigleisigkeit im Bereich der Sekundarstufe I in Österreich zumindest vorerst erhalten bleiben dürfte.

2.3 Höhere Schulen (AHS, BMS, BHS)

Nach dem Zweiten Weltkrieg trat im Bereich des höheren Schulwesens wieder das „Mittelschulgesetz“ aus dem Jahre 1927 in Kraft, das damals vier Mittelschultypen vorgesehen hatte: Gymnasium – Realgymnasium – Realschule – Mädchenoberschule.¹⁶ Entscheidende Neuerung war allerdings die Einführung einer lebenden Fremdsprache ab der 1. Klasse (5. Schulstufe). Das SchOG des Jahres 1962 machte aus den Mittelschulen nunmehr „Allgemeinbildende höhere Schulen“, deren Aufgaben wie folgt definiert wurden:

„Die allgemeinbildenden höheren Schulen haben die Aufgabe, den Schülern eine umfassende und vertiefte Allgemeinbildung zu vermitteln und sie zugleich zur Hochschulreife zu führen.“¹⁷

Auch für das Gymnasium, das mit dem Oberstufenrealgymnasium (mit typenbildenden Fächern) auf vier Formen erweitert worden war, gab es eine Reihe von Reformbestrebungen, wobei insgesamt drei Varianten auch in Schulversuchen getestet wurden. 1988 wurden schließlich aber alle Schulversuche abgeschlossen, und zwar „ohne besondere wissenschaftliche Evaluation“¹⁸. Mit der Einführung von sogenannten Wahlpflichtfächern in den 6. bis 8. Klassen am Ende der 1980er Jahre wurde auch eine Reform der Reifeprüfung nötig.

Trotzdem bleibt festzustellen, dass die AHS nach der Unterstufe immer mehr Schüler an die Berufsbildenden mittleren und höheren Schulen (BMS bzw. BHS) verlor, was die Zahl der Reifeprüfungen in der folgenden Tabelle belegt:

Jahr	AHS	BHS
1990	15,144	17,655
2000	17,180	20,365
2008	17,343	23,474

¹⁶ Ebd., S. 129

¹⁷ Bundesgesetzblatt für die Republik Österreich, Nr. 242/1962, § 34. Aufgabe der allgemeinbildenden höheren Schulen

¹⁸ SEEL, S. 134

Um diese Entwicklung zu stoppen, erhielt die AHS 2004 einen neuen Lehrplan, in dem Unterstufe und Oberstufe zusammengefasst wurden, und schließlich definierte man in einer SchOG-Novelle des Jahres 2006 die AHS neu, behielt die grundsätzliche Struktur von G, RG, WG und ORG allerdings bei.

2.4 Polytechnischer Lehrgang

Mit der Einführung des neunten Pflichtschuljahres anlässlich der großen Schulreform 1962 gab es unterschiedliche Vorschläge für die Positionierung dieses zusätzlichen Schuljahres. Die ÖVP sah ein fünftes Volksschuljahr vor, die SPÖ wollte eine Verlängerung der von ihr geplanten Allgemeinen Mittelschule mit Schwerpunkt Berufsorientierung und Berufsvorbereitung. Schließlich einigte man sich auf einen Kompromiss: die Einführung des Polytechnischen Lehrgangs als einer neuen einstufigen Schulart. Dieses Jahr hatten folglich alle SchülerInnen zu besuchen, die ihre Schulpflicht nicht an einer AHS, BMS oder BHS absolvierten. Der Berufseinstieg konnte dadurch erst nach diesem Schuljahr erfolgen, da ein Lehrverhältnis ja einem Arbeitsverhältnis gleichkam.

Bei der Novelle des SchOG im Jahre 1996 wurde das 9. Pflichtschuljahr in seiner Bedeutung als „Berufsgrundbildungsjahr“ deutlich aufgewertet, und aus dem Polytechnischen Lehrgang wurde die „Polytechnische Schule“ mit neu festgelegten Bildungsaufgaben:

„Die Polytechnische Schule schließt an die 8. Schulstufe an und umfaßt eine Schulstufe. Sie hat auf das weitere Leben insbesondere auf das Berufsleben dadurch vorzubereiten, als sie die Allgemeinbildung der Schüler in angemessener Weise zu erweitern und zu vertiefen, durch Berufsorientierung auf die Berufsentscheidung vorzubereiten und eine Berufsgrundbildung zu vermitteln hat. Die Schüler sind je nach Interesse, Neigung, Begabung und Fähigkeit für den Übertritt in Lehre und Berufsschule bestmöglich zu qualifizieren sowie für den Übertritt in weiterführende Schulen zu befähigen. Die Polytechnische Schule ist für Schüler, die die 8. Schulstufe erfolgreich abgeschlossen haben, die 9. Schulstufe.“¹⁹

¹⁹ Bundesgesetzblatt für die Republik Österreich, Nr. 766/1996, § 28. Aufgabe der Polytechnischen Schule

3.5 Sonderschulen

Auch SchülerInnen mit geistigen bzw. körperlichen Benachteiligungen fanden bei der Schulreform 1962 Berücksichtigung. In § 8 wurde Folgendes festgelegt:

„Schulpflichtige Kinder, die infolge physischer oder psychischer Behinderung dem Unterricht in der Volks- oder Hauptschule nicht zu folgen vermögen, aber dennoch bildungsfähig sind, haben [...] ihre allgemeine Schulpflicht in einer ihrer Eigenart und Bildungsfähigkeit entsprechenden Sonderschule oder einer Volks- oder Hauptschule angeschlossenen Sonderschulklasse zu erfüllen, [...]“.²⁰

Neue Anstöße hinsichtlich der (Aus-)Bildung behinderter Menschen brachte 1981 das „Internationale Jahr der Behinderten“. Engagierte Eltern und Lehrer entwickelten Konzepte für eine gemeinsame Erziehung behinderter und nichtbehinderter Kinder. Neben einigen Selbsthilfegruppen wurden in der SchOG-Novelle 1988 „Schulversuche zum gemeinsamen Unterricht behinderter und nichtbehinderter Kinder“²¹ eingeführt. In den 1990er Jahren entschlossen sich immer mehr Schulen zur Eröffnung von Integrationsklassen, in denen Sonderschullehrer als Zweitlehrer zum Einsatz kamen. Ab 1996 wurde die Inanspruchnahme eines sonderpädagogischen Förderbedarfs auch auf Hauptschulen und die AHS-Unterstufe erweitert.

Diese Entwicklung führte zu einem deutlichen Rückgang der Schülerzahlen in den Sonderschulen.

М. О. Гузикова, Т. П. Рассказова,
Уральский федеральный университет,
г. Екатеринбург, Россия

Проблемы внедрения уровневого образования в вузе

С вхождением России в Болонский процесс в образовании были внедрены стандарты третьего поколения, основанные на компетентностном подходе к оценке результатов обучения. Надо

²⁰ Bundesgesetzblatt für die Republik Österreich, Nr. 242/1962, § 8. Besuch einer Sonderschule

²¹ SEEL, S. 161